

Öffentlicher Dienst Berlin: Vollstreik nötig!

Für einen berlinweiten ver.di-Aktions- und Streiktag aller Beschäftigten, die sich in Tarifaueinandersetzungen befinden

↗ 3 x 300 Euro nachholen ↗ bundesweite Forderung voll durchsetzen

Mit Streiks und Demonstrationen fordern die Beschäftigten des öffentlichen Diensts in Berlin vom SPD-/DIE-LINKE-Senat endlich Lohnerhöhungen nach Jahren des Verzichts. Wie kann der rotrote Senat zur Anerkennung der Forderungen gezwungen werden?



Warnstreik im öffentlichen Dienst Berlins, 19. September 07

Dreiste Arbeitgeberhaltung: Forderung nach weiterem Verzicht mittels TVL

Erhard Körting, zuständiger Innen-Senator des SPD-/DIE-LINKE-Senats in Berlin beantwortete die bisherigen Streiks mit einer Provokation: Man könne ja den TVL (Tarifvertrag der Länder, gültig in allen Bundesländern außer Berlin und

Hessen) übernehmen, allerdings **ohne den Anwendungstarifvertrag Berlin auszusetzen** (im Schnitt 10 Prozent Lohnverlust bei Arbeitszeitreduzierung) und **ohne die Lohnerhöhungen** zu bezahlen.

Der TVL beinhaltet – wie bei Kommunen und Bund der TvöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst) **massive Verschlechterungen**

↘ bei der Struktur der Bezahlung (Abschaffung Kinderzulagen, Einführung Leistungslohn, Abschaffung Alterszuschläge, Verlust der Berücksichtigung der Berufserfahrung bei Arbeitgeberwechsel, ...) und

↘ die Einführung von neuen Niedriglohngruppen (Unterste Einkommensstufe von 1.190 Euro gemäß Ost-TVL, 1.286 West).

Das kann keinerlei Grundlage der Verhandlungen sein!

3 x 300 plus die volle Durchsetzung der bundesweiten Forderung

ver.di Berlin fordert bislang, die in anderen Ländern und Kommunen bezahlten Einmalzahlungen von 300 Euro in den Jahren 2004,

Lucy Redler, BASG- und SAV-Mitglied: „Ausgerechnet die bundesweit 'linkeste' Landesregierung macht die rechtteste Politik: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins werden seit Jahren durch den Anwendungstarifvertrag vom SPD-LINKE-Senat geschröpft. Die bundesweiten Tariferhöhungen werden selbst Jahre später nicht ausgezahlt. **Dieser Zustand muss sofort beendet werden!**“

2005 und 2006 endlich auch in Berlin zu bezahlen. Zudem soll die Lohnerhöhung von bis zu 2,9 Prozent auch in Berlin gelten, die für die anderen Länder (außer Hessen) für 2008 gemäß TVL vorgesehen ist. Doch mit der Tarifrunde bei Bund und Kommunen 2008 ändert sich die Lage: Die Bundestarifkommission legt am 18. / 19. Dezember eine Forderung fest. Aktuell fordert der ver.di-Landesbezirk Hessen zum Beispiel 10% aber mindestens 350 Euro Lohnerhöhung, Baden-Württemberg 9,4% und mindestens 214 Euro. **Für diese bundesweite Forderung kann auch in Berlin gestreikt werden.**

Wer kämpft, kann gewinnen – das zeigt nicht zu letzt der Lokführerstreik. Um aber aus ver.di eine kämpferische Gewerkschaft zu machen, in der die KollegInnen an der Basis das sagen haben, ist Opposition nötig: Die SAV unterstützt daher das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di: www.netzwerk-verdi.de

Die Lokführer haben es vor gemacht: Mit Streiks kann der Arbeitgeber getroffen und die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung gewonnen werden. Das geht umso leichter, wenn endlich gemeinsam gekämpft wird: Die Beschäftigten im Einzelhandel streiken aktuell. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen treten in Tarifeinsetzungen ab Januar 2008. Bei BVG und BT beginnt zum selben Zeitpunkt die Tarifrunde. ver.di als Millionengewerkschaft muss endlich die Kampfkraft

bündeln und mit gemeinsamen Demonstrationen und Streiks die Kampfkraft steigern. **Ein erster Schritt wäre ein berlinweiter gemeinsamer ver.di-Aktions- und Streiktag aller Beschäftigten, die sich in Tarifeinsetzungen befinden. Das kann bundesweit aufgegriffen und verallgemeinert werden.**

Bilanz der ver.di-Politik

Doch die Bilanz der ver.di-Politik der letzten Jahre ist negativ: Kämpfe wurden vereinzelt (zum Beispiel zwei getrennte, fast zeitgleiche Demos der Beschäftigten im Einzelhandel und im Öffentli-

chen Dienst in Berlin am 10.12.) und Lohnraub akzeptiert (Zustimmung zum Anwendungstarifvertrag in Berlin, TvöD und TVL bundesweit, Telekom-Ausverkauf trotz großer Streikbereitschaft der Beschäftigten, ...).

ver.di stimmte bei der Einführung des Anwendungstarifvertrages Berlin der Absenkung der Löhne und Gehälter von 8 bis 12 Prozent zu (gegen Arbeitszeitverkürzung). Der dort vereinbarte Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen verhinderte nicht die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst Berlins bei steigender



www.sozialismus.info

Arbeitssetze für die verbliebenen KollegInnen und fehlenden Zukunftsperspektiven für Auszubildende.

Gut, dass jetzt endlich in Berlin für Lohnerhöhungen gestreikt wird. Doch für eine grundlegende Abkehr vom Verzicht ist mehr nötig.

Auch wenn offiziell Friedenspflicht gegenüber dem Anwendungstarifvertrag gilt, kann ver.di trotzdem eine Kampagne starten, die zum Ziel hat, diese Absenkungen zu kippen und den rot-roten Senat ins Visier zu nehmen.

- **Unbefristeter Vollstreik zur vollen Durchsetzung der 3 x 300 + der bundesweiten Forderung in der Tarifrunde Öffentlicher Dienst 2008**
- **Für einen berlinweiten ver.di-Aktions- und Streiktag aller Beschäftigten, die sich in Tarifeinsetzungen befinden.**
- **Aktionen vor SPD- und DIE-LINKE-Parteizentralen während der Streiks für die Abschaffung des Anwendungstarifvertrags, der die Beschäftigten sonst noch bis Ende 2009 knebeln soll.**



ver.di am 1. Mai 07: Geplünderte öffentliche Kassen machten die reichen Reicher. Beschäftigte sollen zahlen.